

Schöntal 2019



Deutsch-Französische Verteidigungszusammenarbeit

Klausurtagung der Mandats- und Funktionsträger
der CDU Baden-Württemberg

25./26. Januar 2019, Kloster Schöntal

Deutsch-Französische Brigade im Zuge des Aufbaus einer Europäischen Armee weiterentwickeln

Das sicherheitspolitische Umfeld Europas hat sich in den vergangenen Jahren drastisch verändert. Konflikte in der unmittelbaren Nachbarschaft wie in der Ukraine, der Syrien-Krieg und die Instabilität vieler MENA-Staaten schaffen Unsicherheit. Deutschland und Frankreich haben sich deshalb zum Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion im Rahmen des vernetzten Ansatzes (von ziviler Krisenprävention bis zum robusten Kampfeinsatz, von der Diplomatie bis zur Entwicklungszusammenarbeit) bekannt.

Der neue deutsch-französische Vertrag, der am 22. Januar 2019 in Aachen unterzeichnet wurde, untermauert eindrucksvoll den festen Willen Deutschlands und Frankreichs, gemeinsam treibende Kraft in Europa für Freiheit und Wohlstand zu sein. Die Errungenschaften der EU können zudem nur erhalten bleiben, wenn auch die äußere Sicherheit gemeinsam organisiert und durchgesetzt wird. Dafür ist es wichtig, eine gemeinsame strategische Kultur Deutschlands und Frankreichs in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu entwickeln. Dazu gehören eine gemeinsame Risiko- und Bedrohungsanalyse, die Definition von Zielsetzungen sowie die Konsolidierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Der Aachener Vertrag legt eine gute Basis für die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, muss aber weitergedacht werden.

Ziel muss sein, die strategische Autonomie der Europäischen Union (EU) herzustellen: Erstens muss die EU als starke Säule der NATO einen verantwortungsvolleren Beitrag zur kollektiven Sicherheit leisten. Zweitens muss die EU selbstständig Interessen wahrnehmen, um das EU-Hoheitsgebiet sowie seine Bürgerinnen und Bürger durch Krisenprävention, -bearbeitung und -nachsorge im Umfeld zu schützen. Erster Schritt auf diesem Weg war die Aktivierung der sog. Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ/PESCO) im militärischen und zivilen Bereich.

Es liegt im zentralen Interesse Deutschlands, diese Zusammenarbeit zu stärken und weitere Grundlagen für den Aufbau einer Europäischen Armee zu legen. Das Land Baden-Württemberg beheimatet an den drei Standorten in Müllheim, Donaueschingen und Stetten am kalten Markt ein Jägerbataillon, ein Artilleriebataillon und eine Panzerpionierkompanie der seit dem Jahr 1989 bestehenden Deutsch-Französischen Brigade. Die CDU Baden-Württemberg will aktiv dabei mitwirken, die deutsch-französische Zusammenarbeit zu stärken. Die Deutsch-Französische Brigade kann dabei eine wichtige Rolle übernehmen.

I. Verfahren demokratisch und effizient gestalten

Eine eng verzahnte deutsch-französische militärische Zusammenarbeit setzt effiziente Entscheidungsmechanismen voraus. Dies gilt insbesondere bei gemeinsamen Einsätzen beider Länder im Ausland. Die demokratische Legitimation der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist hierbei unabdingbar und bedarf im Zuge der Streitkräfteintegration ebenfalls einer Weiterentwicklung. Ohne den bewährten Parlamentsvorbehalt grundsätzlich anzutasten, ist zu prüfen, inwieweit verfassungsrechtlicher Spielraum besteht, die demokratischen Verfahren in beiden Ländern im Sinne einer beschleunigten Integration der nationalen Armeen fortzuentwickeln und so das wechselseitige Vertrauen zu stärken.

Die neue Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung, die im Rahmen eines Parlamentsabkommens eingerichtet wird, legt künftig die Basis für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und der Assemblée nationale. In diesem Zusammenhang sollte in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung eine Arbeitsgruppe als deutsch-französischer parlamentarischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat eingerichtet werden, und sich mit Fragen der Mandatserarbeitung für militärische Einsätze, Krisenvorsorge und vernetzter, umfassender Sicherheit beschäftigen. Darüber hinaus unterstützt die CDU Baden-Württemberg den Vorschlag, einen Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament und einen eigenständigen Rat der Verteidigungsminister im EU-Ministerrat zu schaffen.

Deutschland und Frankreich müssen diesen Weg entschlossen fortsetzen. Dazu gehört auch die Durchsetzung des qualifizierten Mehrheitsverfahrens bei Entscheidungen des Europäischen Rats im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.

II. Gemeinsame Landsysteme nach Entwicklung in Brigade erproben und einführen

Auf dem Weg zur Vollendung der Europäischen Verteidigungsunion muss die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Armeen auf ein neues Niveau gehoben werden. Das nahtlose Zusammenwirken der Waffensysteme und gemeinsame Standards sind notwendig, damit sich die Streitkräfte enger verzahnen und gemeinsam in Einsätzen bestehen. Die Reduzierung der Anzahl verschiedener Typen der Waffensysteme ist erklärtes Ziel zwischen Deutschland und Frankreich und im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Die große Vielfalt verschiedener Typen von Waffensystemen erschwert die Zusammenarbeit unter den nationalen Armeen und führt zu uneffektiven Investitionen: Die EU verfügt insgesamt über 178 Waffensysteme (Land, See, Luft), während die USA im Vergleich nur rund 30 Typen besitzt.

Zur Stärkung der Deutsch-Französischen Brigade ist die Interoperabilität zu verbessern, indem die Streitkräfte beider Staaten die Verfahren besser koordinieren sowie Ausrüstung und das Gerät des jeweils anderen noch besser beherrschen lernen als heute und damit ihre operationelle Einsatzfähigkeit weiter verbessern.

Deutschland und Frankreich haben auf dem Treffen des Deutsch-Französischen Ministerrats im Juli 2017 beschlossen, Landsysteme der nächsten Generation gemeinsam zu entwickeln.

Gemeinsam entwickelte Panzer- und Artilleriesysteme sind ein wichtiger Teilschritt. Die Deutsch-Französische Brigade sollte in diesem Zuge fortentwickelt werden, indem die neuen Landsysteme künftig gemeinsam erprobt und eingeführt werden. Deutschland und Frankreich müssen die Zusammenarbeit zwischen ihren nationalen Verteidigungsindustrien intensivieren, um künftig im Idealfall gemeinsame Projekte rascher vorantreiben zu können. Die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen und Ausrüstung senkt zudem den Druck, durch einen hohen Export die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu erhalten.

Eine „strategische Autonomie“ der EU kann nur erreicht werden, wenn Europa technologisch an der Spitze des Fortschritts steht und Schlüsseltechnologien aus europäischer Fertigung bezieht. Stärkere Verteidigungsfähigkeit gelingt deshalb zunächst nur durch höhere Investitionen in Ausrüstung und Ausstattung der Bundeswehr. Deshalb unterstützt die CDU Baden-Württemberg ausdrücklich die drei Trendwenden Personal,

Material und Haushalt von Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen. Ganz konkret wirkt sich die Umkehr des Schrumpfkurses der Bundeswehr durch die Wiedereröffnung des Standortes Hardheim mit einem Panzerbataillon und von drei Munitionslagern in Baden-Württemberg aus, wodurch Arbeitsplätze gesichert werden. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen.

Von der Stärkung der Deutsch-Französischen Brigade geht ein deutliches Signal der deutsch-französischen Freundschaft aus. Sie wird damit in außen- und sicherheitspolitischen unruhigen Zeiten mit Leben gefüllt. Zur Weiterentwicklung der Brigade bedarf es zudem mehr gemeinsamer Übungen der aktiven Truppenteile und der Vermittlung gemeinsamer Einsatzregeln. Deutschland und Frankreich müssen sich zudem bei der Planung gemeinsamer Beschaffungsprojekte auf gemeinsame Exportregeln einigen. Neben der hohen Symbolkraft der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit und einem effektiven Beitrag für eine gesteigerte Verteidigungsfähigkeit der EU werden die Standorte in Baden-Württemberg langfristig gesichert.

III. Eurokorps ausbauen – Pilotprojekt für EU-Bürger gemeinsam gestalten

In einem weiteren Schritt sollte die Fortentwicklung der Deutsch-Französischen Brigade mit einer Stärkung des Eurokorps einhergehen. Die Deutsch-Französische Brigade sollte so rasch wie möglich zu einer EU-Battle-Group weiterentwickelt und auch in dieser Aufgabe zum Einsatz gebracht werden. Deutschland und Frankreich sollten gemeinsame militärische Analysen des Sicherheitsumfelds vornehmen und sich ständig über Lagebilder austauschen. Dadurch kann der potentielle Einsatz der Brigade rascher geplant, vorbereitet und durchgeführt werden. Deutschland und Frankreich müssen sich in diesem Sinne für den Einsatz der Brigade im Rahmen einer europäischen Mission stark machen.

Verteidigungsministerin von der Leyen hat vorgeschlagen, dass EU-Bürger freiwillig in der Bundeswehr dienen könnten. Hierbei sollte Deutschland gemeinsam mit Frankreich ein Modell entwickeln. Zur Erprobung könnte das Modell in der Brigade als europäisches Pilotprojekt umgesetzt werden. Das wäre ein klares Signal für eine gesteigerte europäische Verantwortungsübernahme und würde den Willen Deutschlands und Frankreichs unterstreichen, die EU im Sinne des Ziels der strategischen Autonomie zu stärken.

IV. Mobilität ausbauen und Schutz der Truppenteile erhöhen

Mit dem Joint Support & Enabling Command (JSEC) in Ulm wird ein neues Kommandozentrum errichtet, das bei Aktivierung im Bündnisfall für Truppen- und Materialtransporte innerhalb Europas zuständig sein wird. Deutschland wird den Aufbau des JSEC übernehmen und damit seiner Funktion als strategische Drehscheibe in Europa gerecht.

Neben dem ebenfalls in Ulm befindlichen Multinationalen Kommando Operative Führung entsteht in Baden-Württemberg somit eine international einzigartige Dienststelle, die die Mobilität und den Schutz der Deutsch-Französischen Brigade und anderer alliierter Truppen erhöhen wird. Damit leistet Deutschland einen weiteren Beitrag zur Wahrnehmung seiner Verantwortung im Bündnis.

V. Technologische Innovationsfähigkeit ausbauen

Die Digitalisierung der Streitkräfte ist unausweichlich. Der Bedarf einer vernetzten Kooperation im Sinne von Interoperabilität (z.B. IT-Systeme, Kommunikationssysteme, administrative Fähigkeiten, Härting gegen Cyberangriffe) ist erkannt. Die Deutsch-Französische Brigade könnte in Pilotfunktion an der Umsetzung im Bereich der Landstreitkräfte mitwirken. Der Cyber-Innovationshub der Bundeswehr in Berlin sollte hierbei eingebunden werden. Das wäre auch ein Betätigungsfeld entsprechender kleiner und mittlerer Unternehmen aus Baden-Württemberg und Frankreich.

Das europäische Friedensprojekt muss neu belebt werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die gemeinsamen Institutionen zu sichern. Die gemeinsame Verteidigung Europas ist deshalb eine existentielle Herausforderung für die EU-Mitgliedstaaten. Die CDU Baden-Württemberg bekräftigt den Willen zur Umsetzung wichtiger, notwendiger Teilschritte auf dem Weg hin zu einer Europäischen Armee.

Politische Absichtserklärungen müssen durch konkrete Schritte glaubwürdig sein. Deshalb muss sich der Deutsch-Französische Sicherheits- und Verteidigungsrat als politisches Steuerungsorgan, wie im Vertrag von Aachen vereinbart, auf belastbare Zeithorizonte und klare Umsetzungspläne der Vorhaben verständigen.